

**Rede von Kreiskämmerer Karl-Hans Ganseuer
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2010
im Kreistag am 11.12.2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistags-
abgeordnete,

ich lege Ihnen heute den Haushalt für das Jahr
2010 vor und will Ihnen, dem neuen Kreistag,
nicht verhehlen, dass ich das in großer Sorge
tue.

Der Haushalt kann trotz einer deutlichen
Anhebung des allgemeinen Kreisumlagesatzes
von 3 %-Punkten wiederum nicht aus
laufenden Erträgen ausgeglichen werden. Wie
bereits in diesem Jahr wird im gesamten
Finanzplanungszeitraum bis 2013 Jahr für Jahr
kräftig Eigenkapital gebraucht, um dem
Erfordernis des Haushaltsausgleichs
Rechnung zu tragen. Und sollte sich die
Wirtschaft nicht schnell und nachhaltig erholen,
wird beim Rhein-Sieg-Kreis der Verzehr von
Eigenkapital weitergehen. Eigenkapital –
meine Damen und Herren – das nicht in Form
von liquiden Mitteln vorhanden ist, sondern aus
Straßen, Schulen, Aktien oder Anteilen an
Unternehmen besteht!

Mit anderen Worten: Die Defizite des Kreises sind Schulden, die wir anhäufen, und kein Finanzwissenschaftler sagt uns, mit welchen Instrumenten wir zum Schuldenabbau kommen können. Da sind alle – ich betone alle – sprachlos und zucken mit den Schultern. Und genau deshalb, meine Damen und Herren, habe ich große Sorge um die Stabilität der kommunalen und staatlichen Finanzsysteme.

Wir alle kennen den Begriff der intergenerativen Gerechtigkeit. Wir haben Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder. Es wird höchste Zeit, dass die Verantwortlichen das ernst nehmen. Für Lippenbekenntnisse ist keine Zeit mehr.

Dazu gehört auch, dass der kommunalen Ebene nicht permanent neue, kostenträchtige Aufgaben von Bund und Land übertragen werden. Aufgaben, die den Kommunen förmlich die Luft zum Atmen nehmen. Da ist als Beispiel die Grundsicherung im Alter zu nennen. Diese Hilfe, die Altersarmut vermeiden soll, wurde vom Bund im Jahre 2003 begründet. Das erste Jahr ließ sich mit Ausgaben von ca. 5 Mio € bei einer Erstattung von 2 Mio € noch moderat an. Aber 2010 belasten diese Hilfeleistungen unseren Haushalt mit 17 Mio € und der Bund hat seine Beteiligung auf 14 % reduziert. Damit ist in 7 Jahren die Belastung von 3 Mio € auf mehr als 15 Mio € angewachsen!

Die Erstattung des Bundes ist dagegen mit 2 Mio € konstant geblieben.

Genau in dieser Leistung liegt weiterer Zündstoff für die kommenden Jahre. Man muss kein Prophet sein, um einen starken Anstieg dieser Hilfeleistung zu prognostizieren. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine weitere Belastung unseres ohnehin schon defizitären Haushalts.

Ein weiteres Beispiel für Belastungen unserer Haushalte ist die Umstellung unserer Haushaltswirtschaft auf das Neue Kommunale Finanzmanagement. Das uns vom Land vorgeschriebene neue Rechnungssystem kostet jedes Jahr Unsummen an Personal- und Sachaufwand und bringt - entgegen vollmundigen Versprechungen - viel weniger Transparenz als die Kameralistik.

Ich weiß, dass bei Ihnen die Intransparenz des neuen Finanzsystems verständlicherweise große Unzufriedenheit auslöst. Machen Sie bitte die Unzufriedenheit aber nicht an mir oder meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fest.

Verantwortlich ist dafür einzig der Landesgesetzgeber, der die Reform des kommunalen Rechnungswesens den Kommunen aufgezwungen hat.

Zur besseren Orientierung haben die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei im Übrigen für Sie einen „Wegweiser zum Haushaltsplan“ erarbeitet, den sie zusammen mit dem Haushaltsplan 2010 im Anschluss an die Kreistagssitzung erhalten.

Lassen Sie mich zu den Eckpunkten unseres Haushaltes 2010 kommen:

Wir haben bei unserem Etatentwurf eine unveränderte **Landschaftsumlage** von 15,85 % unterstellt. Aufgrund gesunkener Umlagegrundlagen müssten wir dann 3,4 Mio € weniger als 2009 zahlen. Der Landschaftsverband Rheinland hat in den vergangenen Tagen seine Eckdaten mit den Umlagezahlern erörtert. Auch weil die Beteiligung des Landschaftsverbandes am Konsolidierungsprozess um die West LB derzeit noch nicht feststeht, sind keine konkreten Angaben zur voraussichtlichen Höhe der Umlage in 2010 gemacht worden. Deutlich wurde allerdings, dass der Landschaftsverband Rheinland ohne Anhebung der Umlage bereits im Jahr 2013 nicht nur sein Eigenkapital vollends aufgebraucht, sondern auch noch Schulden von 1 Mrd. € angehäuft hat.

Ich befürchte, dass die Landschaftsversammlung nicht umhin kommen wird, den Umlagesatz zumindest soweit anzuheben, dass die aus rückläufigen Umlagegrundlagen resultierenden Mindereinnahmen ausgeglichen werden.

Dies würde unseren Haushalt mit zusätzlich mindestens 3 Mio € belasten.

Der bereits im vergangenen Jahr zu beobachtende Trend deutlich steigender **Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII** hält weiterhin an. Gegenüber dem Vorjahr sind saldierte Mehraufwendungen in Höhe von 4,5 Mio € zu erwarten. Ich habe bereits eben auf die Leistungen zur Grundsicherung im Alter hingewiesen. Des Weiteren sind höhere Belastungen beim Pflegegeld und bei der Eingliederungshilfe ursächlich für die Kostensteigerung von 10 %.

Dramatisch werden die Belastungen des Kreishaushalts 2010 durch den Bereich der **Grundsicherung für Arbeitssuchende nach saldiert dem SGB II**. Hier steigen die Aufwendungen saldiert um 13,1 Mio €; dies entspricht einer Steigerung von 33 %. Allein dies bedeutet mehr als 2%-Punkte zusätzliche Kreisumlage.

Aufgrund der Wirtschaftslage steigt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach einem leicht rückläufigen Trend in 2008 im laufenden Jahr wieder an. Die Kosten der Unterkunft haben wir deshalb auf der Basis des prognostizierten Rechnungsergebnisses 2009 unter Anwendung der Orientierungsdaten des Landes von + 5 % kalkuliert.

Danach brauchen wir 2010 mit 84,8 Mio € rd. 8 Mio € mehr als im Vorjahr veranschlagt.

Ich muss an dieser Stelle auf ein nicht unerhebliches Haushaltsrisiko hinweisen. Die Bundesanstalt für Arbeit geht von einer Steigerung der Kosten der Unterkunft in Höhe von rd. 14 % aus. Danach wäre für 2010 - nach Abzug der Bundesbeteiligung - weiterer Aufwand im Umfang von 5 Mio € zu erwarten.

Bund und Land lassen die Kommunen bei der Finanzierung dieser gewaltigen Lasten zunehmend alleine. Trotz steigender Aufwendungen fällt die **Kostenbeteiligung des Bundes** aufgrund der gesetzlich festgelegten Erstattungsformel mit 0,1 Mio € geringer aus als im Vorjahr.

Es wird höchste Zeit, dass die fehlerhafte Rechenformel korrigiert wird. Es ist für uns Kostenträger nicht hinnehmbar, dass bei steigenden Wohnkosten der Bundesanteil an diesen Ausgaben sinkt.

Eine zusätzliche Belastung resultiert aus der gesunkenen Zuweisung des **Landes aus der Wohngeldersparnis**. Für 2010 kann der Rhein-Sieg-Kreis noch mit einer Landeserstattung von 18,5 Mio € rechnen; 3,9 Mio € weniger als der Vorjahresansatz vorsah.

Meine Damen und Herren,

die Zahlen aus dem Sozialbereich sind ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Kreisebene von den Sozialausgaben erdrückt wird, wenn nicht bald Maßnahmen zur besseren Finanzausstattung der Kreise ergriffen werden.

Bei gleich bleibendem **Kreisumlagesatz** von 34,03 % wäre trotz rigorosem Sparverhalten in allen Budgets im Haushalt 2010 ein Loch von 32 Mio € entstanden. Im Finanzplanungszeitraum bis 2013 hätte sich gar eine Deckungslücke von 160 Mio € aufgetan.

Die Ausgleichsrücklage, die in der Eröffnungsbilanz noch die stolze Summe von 80 Mio € ausgemacht hat, wäre damit unter Berücksichtigung des Fehlbetrages 2009 bereits im Laufe des Jahres 2011 aufgebraucht. Da in den folgenden Jahren der Finanzplanung die für die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage gesetzlich vorgeschriebenen Schwellenwerte überschritten würden, stünde der Kreis mit einem nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept da.

Ich stimme mit dem Landrat darin überein, dass wir unserem Parlament keinen nicht genehmigungsfähigen Haushalt bzw. kein nicht genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen dürfen.

Auch vor dem Hintergrund des noch ungewissen Rechnungsergebnisses 2009 und der eben genannten risikobehafteten Haushaltsansätze, zu denen noch die mit rd. 1 Mio € veranschlagte Dividendenausschüttung der Kreissparkasse hinzukommt, schlagen wir Ihnen - in Kenntnis der Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden - schweren Herzens mit der Haushaltssatzung 2010 eine Anhebung der allgemeinen Kreisumlage um 3 %-Punkte auf 37,03 % vor.

Aber auch damit - meine Damen und Herren - ist weder 2010 noch in den Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2013 der Haushaltsausgleich herbeizuführen. Wir greifen in jedem Jahr – wie bereits 2009 – kräftig in die Ausgleichsrücklage. Sie wird mit Ablauf des Jahres 2012 vollständig aufgebraucht sein. Danach geht's dann wirklich ans „Eingemachte“; nämlich an die allgemeine Rücklage, die noch mit knapp 160 Mio € zu Buche steht.

Für Leistungen im Bereich des **Jugendamtes** sind in 2010 per Saldo rd. 31,7 Mio € veranschlagt. Zur Finanzierung dieser Leistungen benötigen wir 2010 einen Umlagesatz von 23,10 %. Trotz aller Anstrengungen ist die Trendwende noch nicht geschafft.

Insbesondere bei den unterstützenden Hilfen für Familien und Kinder - hierzu gehört beispielsweise der Einsatz von Familienhelfern und -helferinnen und ähnliche Hilfen zur Erziehung - ist ein deutlicher Anstieg des Bedarfs festzustellen. Aber auch die Fallzahlen bei den Heimunterbringungen bewegen sich nach wie vor auf hohem Niveau.

Eine weitere Herausforderung der kommenden Jahre stellt der vom Gesetzgeber geforderte Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige dar. Um den gesetzlich geforderten Rechtsanspruch sicherstellen zu können, müssen bis zum Jahr 2013 noch über 500 zusätzliche u3-Plätze geschaffen werden. Dies wird den Jugendamtshaushalt im Finanzplanungszeitraum erheblich belasten. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Solidargemeinschaft des Kreisjugendamtes jedes Jahr mindestens weitere rd. 0,5 Mio € aus eigenen Mitteln für diesen Zweck bereitstellen muss. Von der Einhaltung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips kann also auch an dieser Stelle wieder einmal keine Rede sein! Das Land ist hier aufgefordert nachzulegen und weitere finanzielle Mittel für den Ausbau der u3-Betreuungsplätze zu Verfügung zu stellen! Ohne diese Unterstützung wird der Mehrbelastungsumlagesatz weiter deutlich steigen.

Lassen Sie uns noch einen kurzen Blick auf den **Investitionshaushalt** werfen. Dem Rhein-Sieg-Kreis fließen bekanntlich aus Mitteln des Konjunkturpakets II insgesamt 10,5 Mio € zu, die – so Ihr Beschluss – für Projekte mit Energieeinsparpotential verwendet werden. Im kommenden Jahr werden wir im Investitionshaushalt Aufträge in einer Größenordnung von 6,4 Mio € abwickeln; der Rest folgt dann 2011.

Auf eigene Kosten betreiben wir entsprechend der Beschlussvorlage des Kreistages die Energieoptimierung an kreiseigenen Gebäuden mit jährlich 3 Mio €. Das Programm läuft noch bis 2013 und bringt eine 30 %-ige Energieeinsparung und eine 40 %-ige Verringerung des CO²-Ausstoßes.

Nennenswerte Investitionen im Umfang von 5,3 Mio € erfolgen auch 2010 wie in den Folgejahren im Bereich unserer Kreisstraßen.

Der Haushalt soll im März des kommenden Jahres verabschiedet werden. Wir werden bis dahin die sensiblen Ansätze genauestens beobachten und Sie im Laufe der Etatberatungen über Veränderungen informieren. Richtschnur für die dann notwendige Anhebung der Kreisumlage wird immer die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts bzw. eines Haushaltssicherungskonzeptes bleiben.

Wir hoffen, dass wir diesen Weg mit Ihnen gemeinsam gehen können.

Uns ist bewusst, dass die Anhebung der Kreisumlage eine zusätzliche Belastung für die gemeindlichen und städtischen Haushalte bedeutet. Aber auch wenn sich die allgemeine Kreisumlage 2010 erhöht und man gedanklich das Aufkommen aus der ÖPNV-Mehrbelastung hinzurechnet, hat der Rhein-Sieg-Kreis mit einem Umlagesatz von unter 39 % immer noch den niedrigsten Umlagesatz im Regierungsbezirk. Kommunen unserer Nachbarkreise müssen Umlagesätze von deutlich über 40 % schultern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der niedrige Umlagesatz ist ein tragfähiges Indiz für eine sparsame Haushaltswirtschaft in den vergangenen Jahren. Gleichwohl werden wir uns nicht auf dem Geleisteten ausruhen. Zwischen dem Landrat und mir besteht Einigkeit, den Weg des Sparens konsequent weiter zu gehen. In Fortsetzung der Arbeit der Verwaltungsstrukturkommission werden wir sofort alle Aufgabenbereiche des Hauses nochmals überprüfen und einem verstärkten Sparzwang unterziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gemeinsam gute und konstruktive Haushaltsberatungen. Wann immer Sie hierzu meine oder die Hilfe meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmererei brauchen, kommen Sie auf uns zu!